

Bürgerallianz will vor Landtag demonstrieren

Straßenausbaubeiträge bleiben Zankapfel

Bad Salzungen (OTZ). Enttäuscht zeigt sich die „Bürgerallianz Thüringen e. V. gegen überhöhte Kommunalabgaben“ über die von Innenminister Peter Huber vorgelegten Eckpunkte zur Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts in Thüringen.

Es handele sich nicht um einen akzeptablen, zukunftsfähigen Plan. Die Vorschläge enthielten nichts weiter als Kosmetik und verhinderten nicht das durch kommunale Straßenausbaubeiträge entstehende Unrecht sowie die überhöhten Belastung von Grundstückseigentümern in Thüringen. Das Festhalten der Landesregierung an der Beitragspflicht für investive Maßnahmen im Straßenausbau – zudem rückwirkend bis ins Jahr 1991 – be-

zeichnete die Allianz als „unverständlich und praxisfern.“

Die Bürgerallianz Thüringen habe mit ihrem Gesetzentwurf einen Kompromissvorschlag zur zukünftigen Finanzierung von Straßensanierungsmaßnahmen vorgelegt. Dieser berücksichtige die finanzielle Ausstattung der Kommunen und der Grundstückseigentümer, würde das Erheben von Zwangsbeiträgen abschaffen.

In diesem Zusammenhang ruft das Bündnis am 19. August 2010 um 16 Uhr vor den Thüringer Landtag zu einer Demonstration auf. An dieser Tag soll der Gesetzentwurf der Bürgerallianz Thüringen von der Fraktion der Linken in den parlamentarischen Geschäftsgang eingebracht werden.